

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Handlungsfeld 3: Berücksichtigung gesellschaftlicher Strukturen und Betroffenheiten bei der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Gelegenheit auf die Situation und Bedeutung von Familien in Krisenlagen einzugehen und Handlungsempfehlungen abzugeben.

Der Landesfamilienrat hat auch die Möglichkeit, am 30.06.2023 von der Kommission angehört zu werden. Wir beschränken uns an dieser Stelle darauf, den Schwerpunkt auf das Thema Prävention und Zugänge zu legen. Im Zentrum stehen dabei Armutsvermeidung und Überwindung von prekären Lagen von Kindern, Jugendlichen und Familien. Ziel ist für uns die Schaffung stabiler, die Resilienzkräfte unterstützenden Strukturen, um damit einen Beitrag zu guten Bedingungen des Aufwachsens, gelingenden Bildungsbiografien, lebendigen Sozialräumen beizutragen.

Im Mittelpunkt steht für den Landesfamilienrat die Frage: Was macht Familien (und damit die Gesellschaft) stark und wie muss sich eine krisengerechte Familienpolitik im Land aufstellen?

Stabile Familien als zentraler Baustein einer krisenfesten Gesellschaft

Die Familie ist der wichtigste Erziehungs- und Bildungsort und alles, was Kinder dort erfahren, prägt sie für ihr Leben. Die Förderung und Unterstützung, die Kinder in ihrem Elternhaus erhalten – oder eben nicht - entscheidet über Bildungsverläufe und ihr ganzes Leben.

Dem Gesamtsystem Familie und den Ressourcen der Eltern wurden während der Pandemie wenig Beachtung geschenkt, wenn nicht sogar systematisch übersehen. Das ist nicht nur unter Präventionsgesichtspunkten problematisch, denn die Familie ist die zentrale Sozialisationsinstanz für Kinder, ihr Einfluss bleibt – im Guten wie im Schlechten - stärker, als der von Institutionen. Die Coronapandemie hat deutlich gezeigt, wie wichtig Familien als kleinste Zellen unserer Gesellschaft sind. Sie tragen nicht nur die Regeneration, die soziale Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten, für Gesundheitsvorsorge und nicht zuletzt das Management in Krisen. Für Kinder und Jugendliche bedeutet Familie die erste Gruppenerfahrung, hier lernen sie Selbstwirksamkeit. Hier entwickeln sie soziale, emotionale und kognitive Fähigkeiten und hier entsteht idealerweise auch das Fundament für demokratisches Bewusstsein einschließlich der dafür notwendigen Kompetenzen.

Eine durchgängige Erfahrung ist: Kinder, Jugendliche (und auch Eltern) kamen so gut oder so schlecht durch die Krise, wie sie als Familien aufgestellt sind. Es kommt also darauf an, dass sie als Stabilitätsfaktor in guter Verfassung sind. Nur dann bilden sie ein resilientes Mikrosystem, welches Teil einer krisenfesten Gesellschaft ist.

Dabei sollten Familien bestmöglich unterstützt werden, denn nicht überall reich(t)en die vorhandenen Kräfte aus. Die Risse im System wurden unter der Belastung sichtbar (Stichwort vom Brennglas). Gerade die Familien in Benachteiligungslagen, d.h. mit in verschiedener Hinsicht geringeren Ressourcen waren härter von den Folgen betroffen.

Befund: Familien unter Druck

Die Pandemie traf „mit voller Wucht die Kinder“, wie es eine Fachveranstaltung im Herbst 2021 zutreffend überschrieben hat. Letztlich betreffen diese und weitere krisenhafte Entwicklungen das gesamte System Familie. Sie zeigten deutlich problematische Auswirkungen auf

- **Die wirtschaftliche Sicherung vieler Familien.** Diese war durch Kurzarbeit und Jobverlust gefährdet und ist es wegen massiv steigender Preise (Inflation) weiterhin¹. Unsicherheit und Existenzängste nehmen zu. Dazu trägt auch die wachsende Zahl von prekär Beschäftigten bei. Ergänzende Sozial- und Familienleistungen müssen das sozio-kulturelle Existenzminimum von Familien decken. Zentral ist die Einführung der Kindergrundsicherung. Von großer Bedeutung sind aber auch die kostengünstigen oder -freien Angebote von Betreuung, Bildung und Erholung. Über sie kann im Land oder auf kommunaler Ebene entschieden werden.
- **Bildungschancen und -verläufe von Kinder:** Gerade Kinder aus benachteiligten Milieus haben in der Pandemie „verloren“; viele konnten während der Schulschließungen nicht ausreichend unterstützt werden. Der Distanzunterricht scheiterte bei vielen Kindern an der fehlenden Ausstattung oder dem nicht vorhandenem Internetzugang. Die Zahl der Schulabbrecher ist in der Corona-Pandemie weiter gestiegen. Ziel muss es aber sein, allen Jugendlichen einen Schulabschluss und eine Berufsperspektive zu ermöglichen
- **Gesundheit und soziale Entwicklung:** Homeschooling, Quarantäne, eingeschränkte Bewegungs- und Freizeitmöglichkeiten und fehlende soziale Kontakte. Ausgefallene Klassenfahrten oder erste Liebe. Die Folgen der Schulschließungen und Kontaktbeschränkungen wirken nach. Die seelische Gesundheit vor allem sozial benachteiligter Kinder hat unter der Corona-Pandemie gelitten. Der besondere Unterstützungsbedarf besteht auch nach dem verkündeten Ende der Pandemie fort. Die Familienerholung ist ein wichtiger Ansatzpunkt für Entlastung und sollte unterstützt werden. Ausdrücklich schlagen wir die Wiederaufnahme der Individualförderung der gemeinnützigen Familienerholung für Baden-Württemberg vor. Unter den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen haben die Problemlagen von Familien in den letzten Jahren dramatisch zugenommen. Arme Familien können sich keinen Urlaub leisten. Familienferien entlasten Eltern, dienen der Gesundheit von Kindern und Eltern, bieten Ansätze der Familienbildung und sind eine gute Möglichkeit, die gemeinsame Zeit sinnvoll zu verbringen.
- **Psychische Erkrankungen bei Jugendlichen:** Depressionen, Angststörungen oder Süchte nahmen stark zu, bei ohnehin knappen Therapieplätzen bzw. Behandlungsmöglichkeiten. Das wichtige Thema der psychischen Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen dürfte im Handlungsfeld Gesundheit von der Kommission aufgegriffen worden sein. Dennoch ist es uns wichtig, darauf hinzuweisen, dass junge Menschen und ihre Eltern in diesen Situationen gemeinsam Unterstützung bekommen müssen.

¹ Infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sind bspw. die Preise für Nahrungsmittel in Deutschland und in der EU um bis zu 36,2 Prozent gestiegen. Das geht aus einer Antwort ([20/6626](#)) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion hervor.

- **Gewalt in der Familie.** Die Häusliche Gewalt hinter verschlossenen Türen hat in der Corona-Zeit merklich zugenommen. Dem Hilfesystem für von Gewalt betroffene Frauen kommt eine große Bedeutung zu. Wir brauchen daher ein verlässliches System, das die vielfältigen Finanzierungsprobleme von Frauenhausaufenthalten beseitigt. Das kann nur gelingen, wenn sich das Land mit den Kommunen auf verbindliche Regelungen für die Förderung einigt.
- **Vereinbarkeit unter Druck:** Verstärkung des ohnehin vorhandenen Zeitdrucks in Familien (Rush-hour des Lebens) durch Ausfall der Kinderbetreuung und Schulschließungen. Dadurch entstand die Gleichzeitigkeit von Homeoffice, Erziehung und Homeschooling. Zeitweiliger Wegfall der gesamten ambulanten Infrastruktur. Aktuell fehlen infolge des Fachkräftemangels zunehmend Betreuungsplätze v.a. im frühkindlichen Bereich. Dieser Mangel betrifft in besonderem Maß Kinder aus Benachteiligungsmilieus. Obwohl ihr Förderbedarf höher ist, gehören sie tendenziell zu den Verlierern beim Kampf um die knappen Plätze.
- **Pflegeverantwortung in Familien:** Hervorzuheben ist auch die besonders schwierige Situation von Familien mit schwer pflegebedürftigen Kindern oder Angehörigen. Sie wurden während der Pandemie u.a. durch den Wegfall ergänzender Pflegeleistungen weitgehend allein gelassen und sind noch stärker in die Unsichtbarkeit geraten. Gerade deshalb ist es wichtig, Ausgleichs- und Unterstützungsmöglichkeiten für pflegende Angehörige künftig stärker in den Blick zu nehmen.

Was Familien in Krisen / belasteten Lebenssituationen hilft

1. Familienbildung stärken

Kinder erziehen, Familie und Beruf miteinander vereinbaren, eigenverantwortlich haushalten, Partnerschaft leben, Angehörige pflegen und betreuen – all dies sind Aufgaben, die in den unterschiedlichen Lebensphasen und Lebenslagen von Familien komplexes Wissen und vielseitige Kompetenzen erfordern. Eltern leisten mit ihrer Erziehung auch einen Beitrag dazu, dass Kinder widerstandsfähig gegen antidemokratische Einstellungen werden.

Diese Fähigkeiten wachsen Eltern nicht naturhaft oder durch bloße Weitergabe zwischen den Generationen zu. Sie müssen in entsprechenden Lernprozessen erworben und unterstützt werden. Familienbildung bezieht sich daher auf einen weiten Bogen familienrelevanter Fähigkeiten und Kenntnisse – von der Partnerschafts- und Erziehungskompetenz über die Medien- und Gesundheitskompetenz, die Haushaltsführungs-, Finanz- und Wirtschaftskompetenz bis hin zur Beziehungs-, Fürsorge-, Pflege- und Generationenkompetenz.

Die Startbedingungen können dabei höchst unterschiedlich sein: Während ein Teil der Familien ihren Kindern intensive Förderung vermitteln kann, mangelt es in anderen an grundlegenden Kompetenzen. Manche Eltern sind in ihren Erziehungsaufgaben überfordert oder sie können ökonomisch nicht „mithalten“. Durch Bildung, Begleitung, Beratung und Informationen werden Handlungsmöglichkeiten in allen Lebensphasen erweitert und Familien werden insbesondere bei Lebensübergängen und an biografischen Schnittstellen unterstützt.

Es geht darum, die sozialen und kulturellen Ressourcen von Familien zu stützen, Bildungschancen und Teilhabe zu stärken, insgesamt für gute Bedingungen des Aufwachsens von Kindern in der Familie zu sorgen, und dies über alle Lebensphasen hinweg und in allen Lebenslagen.

Frühe Hilfen, Elternberatung, Offene Treffs in Mütterzentren, Schulen und Familienzentren, Eltern-Kind-Gruppen, Elternkurse und Präventionsnetzwerke sind wichtige Bausteine im „Gebäude“ solcher präventiven Hilfen für Familien.

Derzeit werden die Landesausführungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes überarbeitet. Im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe sieht § 16 SGB VIII für die „Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie“ eine Ausgestaltung von Inhalt und Umfang im Landesrecht vor. Das LKJHG kommt diesem Auftrag bisher nicht ausreichend nach.

Im Landesgesetz muss die Familienförderung gestärkt werden. So sollte die Familienbildung endlich ein verbindlicher Gegenstand der Jugendhilfeplanung werden und Familienbildung, Familienberatung und Familienerholung müssen im Landesgesetz einen eigenen Leistungsparagrafen erhalten.

- Digitale Familienbildungs-Angebote ersetzen keine persönlichen Begegnungen vor Ort. Sie haben sich jedoch - auch über die Pandemie hinaus - als hilfreich erwiesen und neue Zugänge eröffnet. Derzeit entsteht beim Netzwerk Familienbildung BW im Rahmen eines vom Land geförderten Projektes (Überwindung von Coronafolgen und Schaffung resilienterer Strukturen in Familienbildung) ein [Onlineportal „Familienbildung“](#) mit Angeboten für Eltern und für Fachkräfte.² Wir halten es für unbedingt wichtig, über die Projektlaufzeit (31.12.2023) hinaus, das Portal weiterhin beizubehalten, indem personelle Ressourcen für die Weiterentwicklung und Pflege bereitgestellt werden.

2. Netzwerke und Angebote im Sozialraum unterstützen

Verschiedene Akteure (Verbände, Kommunen, Kinder- und Jugendarbeit) setzen sich für ein lebendiges und sorgendes Miteinander im Sozialraum ein, indem sie zielgruppenbezogen oder übergreifend mit Familien vor Ort arbeiten und vielfältige Räume für Selbsthilfe und Teilhabe schaffen. Ein gutes Beispiel, wie vernetzte Förderpolitik arbeitet, sind die Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut, die die Unübersichtlichkeit der Angebotslandschaft zusammenführen wollen. Die vorhandenen Angebote, Strukturen, Netzwerke und Institutionen, die bisher im Themenfeld nebeneinander bestehen bzw. arbeiten, werden mit dem Ziel einer abgestimmten Strategie zur Armutsprävention zu einer sinnvollen Gesamtstruktur zusammengeführt. Der Landesfamilienrat begrüßt, dass diese Präventionsnetzwerke flächendeckend ausgebaut werden.

Ebenso gilt dies auf der Ebene der fachlichen Entwicklung von wirksamen Angeboten der Familienbildung. Hier sind gut aufgestellte, kommunal gesteuerte Netzwerke mit den unterschiedlichen Anbietern ein Garant für passgenaue Angebote. Das Angebot der Unterstützung und Förderung von Eltern, Kindern und Jugendlichen braucht den Erfahrungsaustausch, die Beratung und die Vernetzung zwischen Angebotsträgern und der Planungsebene auf der kommunalen Ebene. Dazu gehört auch eine funktionierende Elternbeteiligung. Das gilt nicht nur in Zeiten der Pandemie, aber hier ganz besonders. Zudem bedarf es der schnellen Entwicklung neuer Konzepte um auf pandemiebedingt entstandene und verschärfte Problemlagen zu reagieren.

Die Netzwerkbildung stellte sich unter Pandemie-Bedingungen als große Schwierigkeit dar; sofern bereits Netzwerke bestanden, erwiesen sie sich als zentraler Vorteil. Daher sollte viel Aufmerksamkeit und Unterstützung in den Aufbau von stabilen Netzwerken fließen.

Die Angebote der Familienbildung dienen nicht nur den Akteuren, sondern auch der Netzwerkbildung unter den Eltern selbst. Auch sie sind ein wichtiges stabilisierendes, präventives Element für Eltern. Die Bildung solcher privaten Netzwerke sollte ebenfalls angeregt und

² Onlineportal beim Landesfamilienrat BW: <https://familien-bildung-bw.de/>

unterstützt und begleitet werden. Sie sind ein wichtiger Beitrag für Empowerment, das letztlich den Kindern zugutekommt.

- Netzwerke brauchen Zeit für den Aufbau, sie müssen auf Langfristigkeit angelegt sein. Hier erkennen wir ein Problem vieler Projekte: Darin geschaffene, erfolgreiche Strukturen brechen wieder in sich zusammen. Daher sollten erfolgreich arbeitenden Netzwerke auch nach Projektende dauerhaft finanziell unterstützt werden, indem für die Koordinierungsarbeit vor Ort Personalkapazitäten bereitgestellt werden.

3. Niedrigschwellige Zugänge (Lotsensysteme) schaffen

Wichtig ist das Vorhandensein von Anlaufstellen, die Antworten in allen Lebenslagen, Antragsverfahren unterstützen sowie die Vermittlung in ein Beratungs- und Hilfesystem ermöglichen.

Der Landesfamilienrat BW schlägt dazu niedrigschwellige Anlaufstellen für Familien mit Lotsenfunktion vor, um Informationen und Wissen zu bündeln und Leistungen zu beantragen. Diese können an bereits bestehende Strukturen – wie etwa Familienzentren oder Mehrgenerationenhäuser – angedockt werden; sie sollen als inklusives und interkulturell ausgerichtetes Instrument für alle Familien geplant und verlässlich finanziell ausgestattet werden. Sie müssen Teil einer Familienförderstrategie werden, die Baden-Württemberg auf den Weg bringen will.

- Der Landesfamilienrat empfiehlt daher: Baden-Württemberg soll flächendeckend Informations- und Anlaufstellen für Familien schaffen, die Eltern als eine Art Lotsen unkompliziert den Weg ins Unterstützungs- und Hilfesystem weisen können. Diese Stellen müssen nicht neu geschaffen werden, sie können auch an bestehenden Strukturen in kommunaler oder freier Trägerschaft angesiedelt werden

4. Zugänge für Familien zu Sozialleistungen erleichtern

Geringverdienende Familien mit Kindern kommen derzeit finanziell schnell an ihre Grenzen. Staatliche Sozialleistungen wie Bürgergeld, Wohngeld oder Kinderzuschlag sind eine wichtige Hilfe. Vielen Familien fehlt es aber an Informationen, an Sprachkenntnissen oder an der notwendigen Unterstützung - sie verzweifeln an den Anträgen. Der Kindergeldzuschlag etwa erreicht (deshalb) nur jedes 3. berechnete Kind.

Daher sollte es aus Sicht des Landesfamilienrates auch einen deutlichen Abbau der bürokratischen Anforderungen geben. Die Erfahrung zeigt: Die Mitarbeitenden in den Beratungsstellen brauchen zu viel Zeit für die Mithilfe beim Ausfüllen von Anträgen. Das ist wertvolle Zeit, die für die Beratung verloren geht. Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels ist es unverständlich, weshalb der Abbau der Bürokratie nicht mit viel mehr Dringlichkeit vorangetrieben wird.

- Der Landesfamilienrat unterstützt nachdrücklich eine Vereinfachung, die u.a. vom Städte- tag BW unterstützt wird: Ziel sollte sein, dass es für die Beantragung von Sozialleistungen zukünftig nur noch ein knappes Formular in leicht verständlicher Sprache gibt. Als Grundlage kann ein Bogen mit Stammdaten (Mantelbogen) dienen³, der pro Person nur einmal auszufüllen, leicht zu aktualisieren ist und bei allen weiteren Stellen/Leistungs-trägern eingesetzt werden kann. Das würde nicht nur die Antragsteller:innen entlasten, sondern auch die Fachkräfte in den Verwaltungen. Die Landesregierung sollte dieses - auch bundesweit umzusetzende - Vorhaben klar unterstützen.

³ Vgl. das elektronische ELSTER-Verfahren bei der Steuer

5. Unzureichende Wohnverhältnisse verbessern

Prekäre Wohnsituationen sind ein zusätzlicher Belastungsfaktor und behindern die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern. In wirtschaftlich benachteiligten Familien haben bspw. ein Drittel aller Kinder keinen Schreibtisch⁴ und sind beim Lernen eingeschränkt. Auch die mangelnde technische Ausstattung und der vielerorts vorherrschende „digitale Notstand“ erschwer(t)en den Unterricht zu Hause. Unzureichende Wohnverhältnisse behindern die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und die ungleich verteilten Bildungschancen werden zementiert. Der Landesfamilienrat befürchtet, dass ohne ein gutes Konzept von Förderung ein erheblicher Teil der Kinder mit ungünstigen Lebensverhältnissen in diesen Zeiten abgehängt wird.

Gerade für Kinder, deren häusliche Situation unzureichend ist, wird das Wohnumfeld besonders wichtig. Diese Erkenntnis gilt nicht nur in Krisenzeiten und hier müssen/können Hilfen ansetzen. Schließlich geht es nicht nur um den privaten Raum, sondern auch um die unmittelbare Umgebung – für deren Gestaltung es eine öffentliche Verantwortung gibt.

Der Landesfamilienrat fordert daher folgende Verbesserungen:

- Kinder müssen ohne Stress und Enge lernen können. Der Landesfamilienrat regt an, dass dafür öffentliche Räume geöffnet und einer multiplen Nutzung zur Verfügung gestellt werden, z. B. zum Lernen in Bibliotheken oder in Zentren für Familien.
- Kinder brauchen Freiräume! Naherholungsmöglichkeiten müssen gestärkt, ausgebaut und bei jeglicher Quartiersplanung vorgesehen werden.
- Es müssen gute Nahversorgungsstrukturen geschaffen und Solidarität und Hilfsbereitschaft in der Nachbarschaft unterstützt werden. Jugend-, Familien- und Nachbarschaftszentren sind dabei tragende Säulen des Wohnumfeldes und müssen gestärkt werden.

Empfehlung: Aus der Pandemie gilt es für die Zukunft zu lernen. Wir brauchen Städte und Regionen, die in mehrfacher Hinsicht krisenfest sind. Das ist auch durch eine Verbesserung des Wohnumfeldes zu erreichen. Neben ihrer existenziellen Bedeutung für das Wohlbefinden von Kindern und Familien sind gute Wohnverhältnisse auch ein wichtiger Faktor für die Gesundheit.

Für eine krisengerechte Familienpolitik im Land

- Wir brauchen landesweit ein umfassendes und verbindliches Konzept der Familienförderung, das alle Familien „im Blick hat“, das aber umso mehr Elemente („ein dicht gewobenes Netz“) und Tragfähigkeit entwickeln muss, wenn es um Armut und daraus entstehende Benachteiligungslagen geht. Der Kern einer in sich konsistenten und vernetzt gedachten Familienförderpolitik muss Armutsüberwindung und gelingende Bildungsbiografien sein.
- Kinder können nicht steuern, ob sie in eine sozio-ökonomisch besser oder schlechter gestellte Familie hineingeboren werden. Diese Geburtsumstände wirken sich aber auf die späteren Erfolgchancen im Leben aus. Das Elternhaus als „Wurzel“ entscheidet im Verhältnis 2: 1. über die Lebenslage und Chancen von Kindern. Faktor 2 = Wirkung des Elternhauses; Faktor 1 = Wirkung des gesamten Bildungssystems. Die Verbesserung der Lebenslage von Kindern ist nur zusammen mit den Eltern erfolgreich.
- Es reicht nicht aus, „nur“ die Schul- oder Kitaqualität zu verbessern oder sich ausschließlich an Kinder und Jugendliche zu wenden. Eltern müssen in ihrer Verantwortung und in

⁴ laut einer Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft 2020

ihrer Erziehungsfähigkeit gestärkt werden. Dazu brauchen sie Angebote, die sie annehmen können, von denen sie sich etwas versprechen und die ihnen Informationen, Orientierung und Möglichkeiten zum Austausch mit anderen vermitteln.

- Die erfolgreichsten Interventionen sind immer kombinierte Angebote, d.h., sie müssen sich sowohl an die Kinder und Jugendlichen wenden, als auch an deren Eltern. Auch diese müssen gleichzeitig gestärkt, ermächtigt und „mitgenommen“ werden.
- Wir erleben in mehrfacher Hinsicht belastete Zeiten, in denen auch in der Daseinsvorsorge und sozialen Arbeit nichts mehr selbstverständlich erscheint. Dazu gehören die wachsenden Engpässe in der Kindertagesbetreuung, fehlende Kinderärzte und Hebammen, die Mängel im Schulsystem, der prognostizierte Kollaps der Pflege u.v.m. Trotz und gerade deshalb muss nach Auffassung des Landesfamilienrates ausdrücklich die Prävention gestärkt werden.
- Ein gut ausgebautes Angebot der Eltern- und Familienbildung und weitere präventive Unterstützung der Familien (Beratung, Erholung u.a.) in deren Umfeld hilft langfristig den Kommunen Kosten zu sparen. Langzeitstudien⁵ belegen, dass jeder für die Prävention verausgabte Euro etwa dreimal so viel an gesellschaftlichen bzw. sozialen Folgekosten einspart. Prävention rechnet sich damit individuell, gesellschaftlich und ökonomisch. Das wird insbesondere bei den gestiegenen Jugendhilfekosten spürbar. Kind- und familienstützende Angebote bringen die größte „Rendite“, wenn sie früh zum Einsatz kommen. Sie versprechen die stärkste Wirksamkeit, wenn sie bei den Eltern ansetzen und dort eine Änderung von Verhalten und Haltung bewirken.
- **Eine verlässliche und nachhaltige Familienförderpolitik im Land und den Kommunen macht Familien – und damit die Gesellschaft - stärker, resilienter und damit besser für schwierige Situationen gewappnet. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Familienförderstrategie des Landes ist der vielleicht wichtigste Beitrag dazu; sie muss daher verbindlich ausgestaltet und durch ein Familienförderungsgesetz gesichert werden.**

Stuttgart, 15.05.2023

Rosemarie Daumüller, Geschäftsführerin Landesfamilienrat Baden-Württemberg

⁵ vgl. Heckman, USA 2007. Der Nobelpreisträger und Wirtschaftswissenschaftler James Heckman hat untersucht, welchen wirtschaftlichen Nutzen Bildungsinvestitionen in unterschiedlichen Lebensphasen haben. Er kommt zum Ergebnis, dass sich solche Investitionen immer stärker „rechnen“, je früher im Lebensverlauf sie getätigt werden.



Kontakt

Landesfamilienrat Baden-Württemberg

Geschäftsstelle: Gymnasiumstraße 43, 70174 Stuttgart

Telefon: (0711) 62 59 30

Telefax: (0711) 6994 7995

info@landesfamilienrat.de

www.landesfamilienrat.de

Der Landesfamilienrat ist gemeinnützig, Ihre Spenden
sind willkommen!

Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft

IBAN: DE81 6012 0500 0009 7004 04

BIC: BFSWDE33STG



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR SOZIALES, GESUNDHEIT UND INTEGRATION

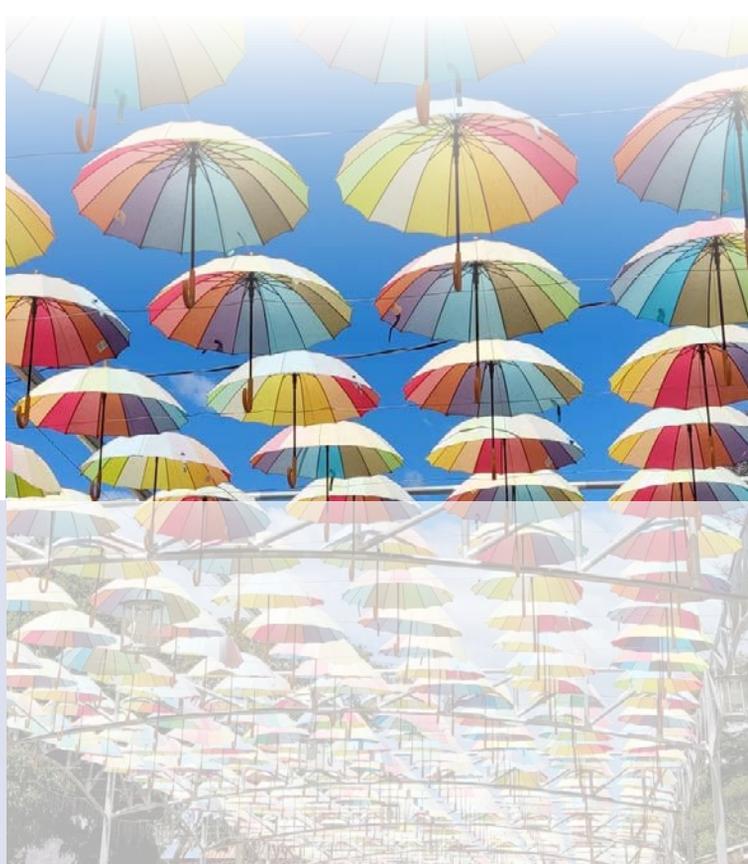
Gefördert durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und
Integration aus Mitteln des Landes Baden-Württemberg



Politik für Familien

Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg

© Mai 2022 | Titelfoto: Heide Trommer (privat) | Gestaltung: www.freiraum-k.de



Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg Wir machen uns

Ein Bündnis für Familien

Lebenslagen und Rahmenbedingungen von Familien in ihrer vielfältigen Form wandeln sich beständig. Gleichzeitig steigen die Ansprüche und Erwartungen der Gesellschaft und der Politik an die Erziehungs- und Bildungsleistungen von Familien. Der Landesfamilienrat will die Lebenssituation und Lebensbedingungen von Familien verbessern und setzt sich für eine familiengerechte Infrastruktur und Sozialordnung ein. „Familie“ berührt nach seiner Auffassung alle Politikbereiche, nicht nur Soziales und Bildung, sondern auch Umwelt, Wirtschaft und Finanzen. Familienpolitik hat die Aufgabe, dazu beizutragen, dass sich die Lebensqualität heutiger und kommender Generationen gut entwickelt.

Familie ist Privatsache – aber nicht nur. Der Landesfamilienrat setzt sich dafür ein, dass die Verantwortung für das Gelingen von Familie auch gesellschaftlich und politisch wahrgenommen wird. Das gilt sowohl für das sichere und geborgene Aufwachsen von Kindern als auch für die in der Familie geleisteten Pflege- und Sorgeaufgaben.

Politik für Familien

Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg ist ein seit 1981 bestehender Zusammenschluss von Verbänden und Organisationen, die landesweit in der Arbeit für und mit Familien engagiert sind. Er versteht sich als unabhängiger, überparteilicher und überkonfessioneller Anwalt und Partner für die Interessen von Familien.

Als Gegenüber zur Landesregierung hat der Landesfamilienrat die Aufgabe, Politik anzuregen und aktiv zu begleiten. Dazu überprüft er die Vorhaben der Landesregierung auf ihre Auswirkungen auf Kinder und Familien. Der Landesfamilienrat vertritt die „familienpolitische Stimme“ seiner Verbände bei der Landesregierung und vielen weiteren Gremien in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Zusammenarbeit und Vernetzung

Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg arbeitet im gesellschaftlichen und politischen Raum mit einer großen Zahl von Akteuren zusammen. Delegierte aus den Mitgliedsverbänden oder die Geschäftsführerin sind in verschiedenen Organisationen, Verbänden oder Bündnissen vertreten, so dass ein umfassender Meinungsbildungsprozess und Informationsaustausch auf ganz unterschiedlichen Ebenen stattfindet.

Das beim Landesfamilienrat angesiedelte **Netzwerk Familienbildung BW** bietet Bildungsanbietern, Verantwortungsträgern und weiteren Verbänden eine Plattform für die fachpolitische Arbeit.

Gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium und den Arbeitgeberverbänden vergibt der Landesfamilienrat im Rahmen des Projekts familyNET seit 2013 das **Prädikat Familienbewusstes Unternehmen**.



Mitgliedsverbände

-  Arbeitsgemeinschaft Netzwerk Familie Baden-Württemberg e.V.
-  AWO Bezirksverband Baden e.V.
AWO Bezirksverband Württemberg e.V.
-  Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart e.V.
Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e.V.
-  Deutscher Familienverband, Landesverband Baden-Württemberg e.V.
-  Deutscher Kinderschutzbund, Landesverband Baden-Württemberg e.V.
-  Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Baden-Württemberg e.V. und seine Familienorganisationen
» Landesverband Kindertagespflege Baden-Württemberg e.V.
» Mütterforum Baden-Württemberg e.V.
» pro familia, Landesverband Baden-Württemberg e.V.
» Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Landesverband Baden-Württemberg e.V.
-  Deutsches Rotes Kreuz, Landesverband Baden-Württemberg e.V.
Deutsches Rotes Kreuz, Landesverband Badisches Rotes Kreuz e.V.
-  Diakonisches Werk der Evangelischen Landeskirche in Baden e.V.
Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Württemberg e.V.
-  Diözese Rottenburg-Stuttgart und ihre Familienorganisationen
» Familienbund der Katholiken in der Diözese Rottenburg-Stuttgart
-  Erzdiözese Freiburg und ihre Familienorganisationen
» Familienbund der Katholiken, Diözesanverband Freiburg
-  Evangelische Landeskirche in Baden und ihre Familienorganisationen
» Evangelische Arbeitsgemeinschaft Familie Baden
-  Evangelische Landeskirche in Württemberg und ihre Familienorganisationen
» Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienpolitik Württemberg
-  Israelitische Religionsgemeinschaft Baden – Der Oberrat
Israelitische Religionsgemeinschaft Württemberg K. d. ö. R.
-  LAG MGH BW – Landesarbeitsgemeinschaft Mehrgenerationenhäuser Baden-Württemberg
-  Landesverband der kommunalen Migrantenveteranen Baden-Württemberg – LAKA
-  Landesfrauenrat Baden-Württemberg
-  Lesben- und Schwulenverband in Deutschland e.V. (LSVD), Landesverband Baden-Württemberg
-  NaturFreunde Landesverband Baden und Württemberg e.V.

Fachkundige Persönlichkeiten im Vorstand

- » Prof. Dr. Berthold Dietz, Evang. Hochschule Freiburg
- » Prof. Dr. Johanna Possinger, Evang. Hochschule Ludwigsburg
- » Erich Stutzer, Familiensoziologe und Ökonom

Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende 2021 – 2024



Prof. Christel Althaus

Vorsitzende

Pro familia Landesverband Baden-Württemberg;
Der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg



Patrik A. Hauns

Stellv. Vorsitzender

Netzwerk Familie BW; Leiter des Fachbereichs für Bildung, Soziales und Kultur der Stadt Kehl



Sabine Triska

Stellv. Vorsitzende

Delegierte des Caritasverbands für die Erzdiözese Freiburg



Erich Stutzer

Stellv. Vorsitzender

Familiensoziologe und Ökonom



Beatrix Vogt-Wuchter

Stellv. Vorsitzende

Vorständin für den Bereich Einrichtungen in der Diakonie Baden



Rosemarie Daumüller

Geschäftsführerin Landesfamilienrat